



Reinhard J. Voß

Einfach rechts - die rechte Versuchung

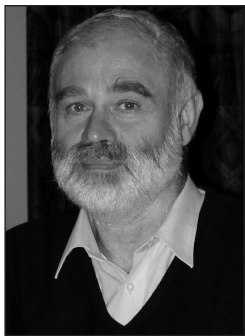


Foto: Martin Pilgram

2004 traute ich meinen Augen und Ohren nicht: In unserem kleinen, beschaulichen nordhessischen Dorf Wethen hatten sich im leer stehenden Gasthaus Rechtsextreme niedergelassen – ganz offiziell eingemietet mitten im 400 Einwohner-Dorf, direkt neben dem Laurentiushof, dem Zentrum des seit 30 Jahren hier lebenden und wirkenden Laurentiuskonvents – einem Zentrum ökumenischer Basisgruppen mit zwei bundesweit arbeitenden Büros (www.oeiew.de und www.schalomdiakonat.de).

Zunächst klagten die Anwohner über nächtliche Störungen mit lautstarker Musik und Gegröhle, dann hörte man, die ausländische Familie sei hinausgeekelt worden, es erschienen Artikel über Skatabende und Fußballturniere im Stadtblatt (der Erlös sollte für den städtischen Kindergarten sein), wurde ein HSV-Fanclub unter „rechter“ Regie gegründet samt Angeboten von Gratisbesuchen bei Bundesligaspielen, schließlich gar ein eigener Sportclub unter Usurpation des Ortsnamens, neben dem bewährten des Dorfes. Dies alles – so ergaben die Recherchen – deutlich „von oben“ (aus Kassel und weit darüber hinaus) gesteuert. Auf der von einem Mitglied der Ökumenischen Gemeinschaft gestalteten Homepage www.wethen.de wurde dem Verein zwar die Möglichkeit gegeben, sich auch unter „Gruppen/Vereine“ vor-

zustellen – ganz harmlos und zivil! –, aber klickt man unter „Neu“ die Hintergrundinformationen zu „Pitbull und Rechtsradikalismus“ an, gehen einem die Augen auf!

Die Irritationen führten zu einer Versammlung aller anderen Vereine des Ortes mit dem Ortsvorsteher; man beschloss, die Räumlichkeiten für den rechten Nebenclub nicht zu öffnen, die Sache aber auch nicht hoch zu spielen. Dennoch kam die Presse, kamen Autonome und schmierten gegen rechts die Wände voll. Zahme Interviews der Eindringlinge folgten; ihr Chef wurde wegen eines früheren Delikts für Monate ins Gefängnis beordert, vorläufige Ruhe kehrte ein. Wir schalteten den Verfassungsschutz ein – noch vor einer Generation eine für uns undenkbar „Zusammenarbeit“.

Alarmsignale bundesweit

In Wethen?! Unmöglich! – so waren viele Reaktionen, die mit diesem Dorf die Perspektive kritischer ökumenischer Arbeit verbanden. In Sachsen ja, aber in Wethen?! Mir wurde schlagartig klar, dass eine neue politische Phase begonnen hatte. Die gesellschaftlichen Verunsicherungen durch Wirtschaftskrise und Rentenängste schlägt Schneisen für rechte Rattenfänger. Die gesellschaftlich-politische Dissoziation und Verantwortungs-Diffusion lässt die Suche nach Halt in klarer Linie und Ideologie neu aufkommen. Die Debatte flammte vor Monaten auch kurz politisch auf – nach dem Einzug der Rechten ins sächsische Landesparlament. Es ist zu billig, der Bundesregierung die Schuld für den Rechtsradikalismus zu geben, wie es CSU-Chef Stoiber versuchte, aber die

Debatte hat zumindest die Sensibilität für die rechte Gefahr verstärkt, die weit in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Mittlerweile kann man fast täglich in den Zeitungen von rechten „Erfolgen“ lesen – nur zwei zufällige Beispiele aus Ost und West-Deutschland:

■ „Rechtsrock mobilisiert Junge“ (FR 19.4.05): In Baden-Württemberg boomt der „Rechtsrock“. Der Verfassungsschutz verzeichnet „eklatante Rekrutierungserfolge von Skinheads“. Die Zahl der rechtsradikalen Bands sei von sechs im Jahre 1998 auf 16 in 2004 gestiegen. Es kämen bis zu 500 Zuhörer, meist junge Männer zwischen 18 und 20, aber auch schon 12-14jährige – ein „Alarmsignal“ (Stephan Braun, SPD)

■ „Neonazi-Gruppen verboten“ (FR 13.4.05) Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) hat die Neonazi-Organisationen „Hauptvolk“ und deren Untergruppen, „Sturm 27“ mit 60 Mitgliedern verboten. Sie sollen Asylanten schikaniert, gegen Juden gehetzt und Nazigrößen verherrlicht haben. „... Brandenburg verbot in den Jahren 1995 und 1997 bereits die Neonazigruppen „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ und „Kameradschaft Oberhavel“.

Der Kampf um Köpfe hat erneut begonnen

Thomas Pfeiffer vom Verfassungsschutz NRW warnt vor der „Erlebniswelt“ der Rechten mit klaren Feindbildern und dem Gefühl, an einer „großen Sache beteiligt zu sein“ (FR 19.4.05) Damit trifft er den Kern der neuen Entwicklungen im rechten Lager. Die Parteien (DVU und NPD) werden 2006 zusammen zur Bundestagswahl antreten und bemühen sich, die Skinhead-Szene zu integrieren, aus der immer mehr Mitglieder eintreten. Der „Kampf um die Köpfe“ hat wieder neu begonnen – im Jahr 60 der Erinnerung an das Ende des Hitler-Faschismus und in Zeiten des Endes persönlicher Erinnerungen an diese Zeit. Der Kampf um



Der ländliche Raum: keine „rechts-freie“ Idylle. Postkarte: Fieseler, Wethen

das kollektive und kulturelle Gedächtnis beginnt – mit allen Gefahren der Verdrängung, Verleugnung und Geschichtsklitterung von rechts.

Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat in einer Studie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ vor der sich in die Mitte der Gesellschaft ausbreitenden rechten Gefahr gewarnt. Er stellte folgende Tendenzen von 2002 bis 2004 fest: Zunahme der Fremdenfeindlichkeit von 34,5 auf 40,2%, der „Islamophobie“ von 21,7 auf 23,5%, der „Heterophobie“ (gegen Behinderte, Obdachlose und Homosexuelle) von 28,5 auf 34,6 %. Der Antisemitismus stieg von 12,7 auf 14,6%, Rassismus liegt fast unverändert bei 12%, Sexismus bei 29,4% und die Ablehnung der „Etabliertenvorrechte“ bei 39%.

Wissenschaftler warnen

Diese Haltungen nehmen nach Heitmeyer zu, wenn und weil

- Gefahr von außen droht,
- sich Normalität verschiebt,
- Tabus brüchig werden und Gegenkräfte wirkungslos werden
- Populismus dann greifen kann – und
- „die Schuld umgekehrt wird“.

In einer eindrucksvollen Analyse stellte der Erziehungswissenschaftler Prof. Bernd Hafener (Uni Marburg) „neuere Entwicklungen und Strategievarianten der extremen Rechten in Deutschland“ vor (FR-Dokumentation, 1.3.2005: „Der Kampf um die Köpfe“). Seine wissenschaftlichen Ergebnisse und Einsichten helfen, private Erfahrungen besser einzuordnen und als bundesweite Gefahr zu sehen. Nun werden keine Ausländerheime mehr angesteckt und Lichterketten dagegen organisiert; nun ist politisch-kulturelle Unterwanderung angesagt und die Gesellschaft als ganze – und gerade auch Kirchen und soziale Bewegungen! – herausgefordert, diese reaktionäre Indoktrination aufzudecken, anzuprangern und andere als solche „rechten“ Wege aus der sozialen Vereinzelung und Deklassierung zu finden.

Hafener hebt fünf aktuelle Tendenzen hervor:

1. Rückenwind: die extreme rechte und federführend die NPD sähen sich in einer „nationalen Aufbruchstimmung“ im Verbund mit der Mitte der Gesellschaft.

2. Vereinheitlichung: Die Zersplitterung der Rechten wird überwunden und man versucht, sich „nationale Rechte“ und „Partei- und Systemalternative“ anzubieten.

3. Erneuerung: Eine junge Generation wächst nach, die sozial und beruflich aus der Mitte der Gesellschaft kommt; „sie sind zugleich gesellschaftlich etabliert, bürgerlich angepasst und äußerlich adrett wie auch aggressiv-kämpferisch und militant-provokativ“. „Weiter treiben sie die Netzwerkentwicklung, die Kontakte zu Szenen und Kulturen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso wie die Unterstützung lokaler Strukturen und Aktivitäten voran.“

4. Präsenz: Sie treten verstärkt im öffentlichen Raum auf: bei Demos, aber auch im Alltag auf Schulhöfen, in Sportvereinen, Jugendtreffs, Kneipen etc.: „Nationale Sozialarbeit“, Musikkonzerte, Fußballturniere und Bürgersprechstunden fördern rechtsradikale Normalität.“

5. Öffentlichkeit: „gehörte schon immer zum Selbstverständnis einer bewegungs- und protestorientierten extremen Rechten“, im Sinne eines „Drei-Säulen-Konzeptes“ der „Schlacht um die Köpfe, um die Straße und die Wähler.“

Präsenz und Protest deutlich zeigen

Wachsamkeit, BürgerInnen-Präsenz, Zivilcourage und demokratischer Protest als Zeugnis für eine tolerante Gesellschaft sind gefragt. Das ist auf den Dörfern vielleicht noch schwieriger als in den Städten, aber gleichwohl nötig und möglich. Der Vorsitzende des jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, sagte Ende April, Zivilcourage und konsequente Zurückweisungen rechter Hetzer seien „wichtiger als ein Verbot“ (SZ, 23./24.4.05 nach KNA).

Die Auseinandersetzung in der Gesellschaft kann und darf nicht allein an den Staat delegiert werden. Ein gutes Beispiel schildert Christine Böckmann, die in Magdeburg professionell mit sozialen Verwerfungen zu tun hat. Es zeigt, dass es nicht mehr hilft, weg zu schauen und „die Schotten dicht zu machen“ gegenüber rechten Aufmärschen, sondern dass kritische Gruppen und Kirchen wirklich Impulsgeber gerade in der kommunalpolitischen Öffentlichkeit werden können und müssen. ■



Für das Jahr 2004 verzeichnet das Bundesinnenministerium 8,4% mehr Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund – ein Grund mehr, deutliche Zeichen des Protests zu setzen. (BMI vom 9. 5. 2005)
Foto: Miteinander e.V.

Koschnik warnt vor rechter „Kulturindustrie“

Hans Koschnik, Bremens ehemaliger Bürgermeister und bis November 2004 Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – mehr Demokratie“ (www.gegen-vergessen.de) bemüht sich nach eigener Aussage „seit mehr als zehn Jahren intensiv, dem Rechtsextremismus entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen“, besonders durch Erinnerungsarbeit. Er schreibt 2005: „Wie gut der organisierte Rechtsextremismus mit populistischer Agitation Akzeptanz und Sympathie gewinnt, ist an der inzwischen über zwei Generationen stabilisierten rechten Jugendkultur zu erkennen. Sie ist geprägt von einer sehr modern und wirtschaftlich organisierten rechten „Kulturindustrie“, die über den Vertrieb und Verkauf von Magazinen, Kleidung, Tonträgern und vor allem durch die Veranstaltung von Konzerten Ideologie liefert. Das verbindende Element ist eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit; Hass auf Ausländer und Andersdenkende ist hier normal, Gewalt gilt als attraktive „Lösung“. Die Jugendlichen verstehen sich häufig als völkische Avantgarde, die etwas ändert.“ aus: „Sie marschieren wieder ...“, hg. von den Bremer Tageszeitungen und unterstützt von der Bremer Bürgerschaft, Bremen, April 2005, 108 S., hier S. 103 f.; 2,50 €, ISBN 3-938795-00-X.



Christine Böckmann

Beispiel Magdeburg: Im nächsten Jahr mit Schere zur Gedenkfeier



Foto: privat

Ein breites Bündnis gegen Rechts formierte sich in Magdeburg.
Foto: Miteinander e.V.



Es begann wie jedes Jahr. Am Gedenktag der Bombardierung der Stadt vom Januar 1945 drohte wie üblich ein Aufmarsch der Rechten. Doch dieses Mal wäre es gar der 60. Jahrestag der Zerstörung, zudem stand das 1200-jährige Stadtjubiläum an. Wir bereiteten uns vor auf die, wie es jemand formulierte, „erste Großveranstaltung im Jubiläumsjahr“. Es kam, wie es kommen musste (?): Eine „Initiative gegen das Vergessen“ meldete eine Kundgebung auf dem Domplatz mit anschließendem Trauermarsch durch die Stadt an. Die lokalen rechten Kräfte mobilisierten ihre Klientel. Wir befürchteten etwa 1.000 Teilnehmende. Das lokale Bündnis gegen Rechts diskutierte eifrig: Wie begegnen wir dem rechten Aufmarsch? Die Stadt wollte „krawallähnliche Situationen“ vermeiden. Eine Überlegung dort: „passiver Widerstand“. Gemeint war: Keine Gegenaktionen, die Rechten marschieren durch eine leere Stadt. In der Runde der Anwesenden war ich die Einzige, die mit dem Begriff „passiver Widerstand“ etwas anfangen konnte, und merkte: Das Wissen um gewaltfreie Protestformen ist auch in diesen Kreisen nicht selbstverständlich.

Städtische Order: Hauptsache friedlich und schnell wieder sauber

Im Dezember war klar: Es wird definitiv kein Verbot der rechten Demonstration geben, der Bürgermeister ruft wegen der Gefahr „nicht-friedlicher Proteste“ nicht zu Gegenaktionen auf, um „Konflikte zu vermeiden“. Doch der

Konflikt war längst da. Die Stadt werde aber Transparente entlang der Demostrecke aufhängen (die sind wiederverwendbar) und eine Kehrausaktion organisieren. Gibt es eigentlich noch angekündigte rechte Aufmärsche ohne anschließendes zivilgesellschaftliches Besen-schwingen?

Bündnis gegen Rechts

Das Bündnis gegen Rechts koordinierte die Gegenaktionen: eine Demo, diverse Info- und Proteststände, ein Friedensgebet im Dom mit Glockengeläut (dem schließlich wirksamsten Mittel gegen die rechten Parolen nebenan). Zivilgesellschaft ist heterogen. Gewerkschaften, Parteien, Bildungsträger, NGOs, Theater, Dom-gemeinde, Autonome und das Ordnungsamt saßen an einem Tisch. (Je näher der rechte Aufmarsch rückte, um so mehr wurden wir auch bei den Bündnistreffen. Plötzlich waren sie alle sowieso schon immer dagegen.) Die Debatte um ein gemeinsames Plakat war mühsam. Gut, dass wir uns nicht auch auf einen Aufruftext einigen mussten. Der Slogan „Augen auf Magdeburg! Gedenken...“ musste reichen.

Unsere Gegenveranstaltungen wurden in der Lokalzeitung unter der Überschrift „Veranstaltungen“ zusammen mit dem rechten Trauermarsch angekündigt.

Am Tag der Demonstration wird es ein breites und schillerndes Bündnis. Der Konsens „Nazis raus!“ vereint viele. Am Dom treffen sie sich. Autonome passieren Polizeisperren mit dem Satz „Wir wollen zum Friedensgebet.“ Auch die FDP ist da, ein Minister mit einem Transparent „Nazis raus! Gegen Extremisten von rechts und links“. Wir verkneifen uns die notwendige Debatte. Der Konsens ist wichtiger heute.

Das Fernsehen berichtet abends von einem Erfolg der Gegenaktionen. Die Rede vom „Bombenholocaust“ wird überhört; die Empörung wird erst in der nächsten Woche laut, aus dem Dresdner Landtag. Laut öffentlicher Meinung bleibt es insgesamt friedlich. Im Zug schlagen heimreisende Rechte auf einen Studenten aus Kuwait ein.

Schöne Worte, traurige Realität

Am nächsten Tag offizielle Gedenkfeier auf dem Friedhof. Nachdenkliche Reden, die den zivilgesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beschwören. Die Rechten sind anwesend. „Ich bin ein nationaler Sozialist“, sagt einer zu mir. Sie haben Kränze mitgebracht, die nach der Gedenkfeier zwischen all den anderen liegen. Ein älteres Ehepaar – beide Zeitzeugen der Bombardierungen – und ich kommen mit einem anwesenden Polizisten ins Gespräch: „Wir können die rechten Kränze doch nicht so liegen lassen.“ – „Das müssen Sie mit dem Veranstalter klären.“ Von denen ist niemand mehr da. „Und wenn wir die Kränze wegnehmen?“ – „Dann müsste ich Sie auf die Wache mitnehmen.“ – „Und die Kränze?“ – „Die würde ich wieder hier hinlegen.“ – „Tja, dann bringt das also auch nichts.“ Jetzt passt die Polizei auf, dass wir keine Kränze klauen. Das Ehepaar verabschiedet sich von mir mit den Worten: „Wenigstens die Schleifen müssten ab. Im nächsten Jahr nehmen wir dafür eine Schere mit zur Gedenkfeier.“ ■

Christine Böckmann Präsidiumsmitglied, Diplom-Theologin, derzeit Bildungsreferentin bei Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Nähere Infos unter www.miteinander-ev.de